



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84831-33
Fernschreiber 0066090

P/XII/47 - 25. Februar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

Förderung von Wissenschaft und Technik	S. 1
Zur CDU-Konferenz in London	S. 3
Das Dilemma der Berliner CDU	S. 4
Brief eines früheren CDU-Mitglieds	S. 6
Als Gäste der Friedrich-Ebert-Stiftung in Genf	S. 7

Spät kommt ihr ...

Von Willi Eichler, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Durch die Samstagszeitungen der Bundesrepublik ging die Nachricht, dass "der Bund im Haushaltsjahr 1957 für die Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses mindestens 100 Millionen DM zur Verfügung stellen wird", wozu man auch den Aufbau von Instituten und dergleichen rechnet. Diese Meldung hat eine lange Vorgeschichte, die zur Beurteilung der Befriedigung des Bundes für diese Zwecke von höchster Bedeutung ist.

Der Münchener Parteitag der SPD befasste sich im wesentlichen mit der wirtschaftlichen, sozialen, technischen und wissenschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik im Zeichen der zweiten industriellen Revolution. Er stellte in seiner Resolution Nr. 100 seine Forderung für diese Zeit auf: Eine Koordinierung wissenschaftlicher Forschungsaufgaben, die einen Forschungsrat nötig macht; eine großzügige Förderung des studentischen Nachwuchses; den Ausbau schulischer und wissenschaftlicher Forschungszentren; Beihilfen des Bundes für die wissenschaftliche Forschung selber.

Um den Schwierigkeiten des kooperativen Aufbaus in Bezug auf gemeinsame Anstrengungen des Bundes und der Länder für kulturelle Zwecke zu entgehen, wurde ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern

25. 2. 1957

gefordert, das die Ministerpräsidentenkonferenz und die Ständige Konferenz der Kultusminister vorbereiten sollten.

Zur praktischen Durchführung dieser Vorschläge wurde am 7. und 8. Dezember 1956 in Düsseldorf der Parlamentarierkongress der SPD veranstaltet. Etwa 300 Abgeordnete aus dem Bundestag und den Länderparlamenten nahmen daran teil. Die Tagung präziserte ihre Forderung auf eine Summe von 200 Millionen DM jährlich für die Förderung des studentischen Nachwuchses und auf eine Milliarde DM für einmalige Ausgaben zum Bau von Schulen und wissenschaftlichen Lehrstätten und für laufende Ausgaben für wissenschaftliche Zwecke, soweit sie die Leistungskraft der Länder übersteigen.

Diese Tagung veranlasste den Bundesinnenminister, Herrn Dr. Gerhard Schröder, am 15. Dezember 1956 einen Brief an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Dr. E. Vorstenmaier, zu richten und Kopien dieses Schreibens jedem Bundestagsabgeordneten zuzusenden. Dr. Schröder, der nicht ausdrücklich auf die Forderungen der sozialdemokratischen Parlamentarierkonferenz einging, kam zu dem Ergebnis, dass die Sorge um ein kulturpolitisches Nachhinken der Bundesrepublik aus der Luft gegriffen sei. Dr. Schröder schrieb: "So erfreulich das Bild auch ist, welches die Zahlen der kulturpolitischen Bemühungen in Deutschland geben, so kann andererseits nicht eindringlich genug empfohlen werden, den bisher begangenen Weg ... fortzusetzen". Damit trat man also der "verstiegenen" Ansprüche der SPD entgegen.

+

Was geschah inzwischen? Inzwischen hatten die unmittelbar Beteiligten lebhaft Stellung genommen. Der Verband Deutscher Studentenschaften hatte bereits an den Münchener Parteitag der SPD ein Glückwunschtelegramm geschickt; aus allen Schichten der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, der Ärzteschaft, der technischen Bildung und vor allem der Studenten selber, waren Zustimmungsnote bei der SPD eingegangen oder öffentlich bekundet worden. Endlich hatte sich eine Partei dieser nationalen Aufgabe angenommen, die von der Bundesregierung nicht begriffen wurde, sondern sogar ausdrücklich als gegenstandslos erklärt worden war.

Die Kultusministerkonferenz hatte in sorgfältigen Plänen festgestellt, dass ein Zehnjahres-Programm für einmalige Ausgaben für kulturelle Zwecke einen Jahresbetrag von 700 Millionen DM erfordert. Und die Ministerpräsidenten der Länder, die sich Ende Februar treffen, haben die Erörterung des Verwaltungsabkommens vorgesehen, das jetzt den technischen Weg klarlegen soll, auf dem eine vernünftige Kooperation zwischen Bund und Ländern ohne Verfassungsänderung möglich ist. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat bereits einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Errichtung eines Deutschen Forschungsrates vorsieht.

In diesen Tagen identifizierte sich die Delegationskonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften mit den Vorschlägen der SPD, indem sie die Summe von 120 Millionen DM jährlich für die Studentenförderung verlangte. Der ständigen Vertretung der Studenten durch

unbedeutende Erhöhung der Ausgaben für die Studentenförderung trat man entgegen mit dem Beschluss, unter Umständen eine Besserung zu erzwingen durch einen Studentenstreik. Die Ausführungen der SPD-Abgeordneten Frau Dr. Hubert im Hochschulreform- und Sozialausschuss des Verbandes Deutscher Studentenschaften fand einmütige Zustimmung.

All dies hat nun den Bundeskanzler auf den Plan gerufen, dem man Vieles nachsagen kann, aber mindestens eines nicht: dass er keine Nase hätte für wahltaktische Notwendigkeiten. Das hat er erst kürzlich bei der Rentenreform bewiesen, die er sieben Jahre lang kühl auf Eis gelegt hatte, bis die Sache jetzt für die Bundestagswahl ein heisses Problem wurde.

Die SPD hat mit gutem Grund aus ihrer Forderung nach der Sicherung der wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des ganzen deutschen Volkes keinen Wahlschlager gemacht. Sie hat in Düsseldorf sogar öffentlich ausgesprochen, dass dies eine Aufgabe für alle Parteien sei. Das ist auch heute noch ihre Auffassung. Aber wenn Herr Dr. Adenauer jetzt so tut, als ob er aus der Sorge um die kulturelle Entwicklung etwas unternehmen müsste und dabei den Anschein erweckt, als wenn bisher noch niemand auf diese Idee gekommen wäre, dann muss dem doch energisch widersprochen werden. Gerade nach den Ausführungen seines Innenministers liegt ganz klar auf der Hand, dass bis Mitte Dezember die CDU noch glaubte, die kulturpolitischen Forderungen der SPD lächerlich machen zu können. Erst die Zustimmung so weiter Kreise der Öffentlichkeit hat die CDU und Dr. Adenauer mobil gemacht. Wir sagen auch jetzt noch, besser spät zu kommen, als gar nicht. Aber dann sollte die CDU und Herr Dr. Adenauer wenigstens den Mut aufbringen, zu erklären, dass sie die Forderungen der SPD jetzt begriffen hätten und sich ihnen anschließen.

Völlig tun sie es allerdings noch längst nicht. Denn die geplanten hundert Millionen DM sind immer noch ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man die Berechnungen der Kultusminister-Konferenz zu Grunde legt. Die Summe von mehr als einer Milliarde ist heute, gemessen an den Notwendigkeiten der Entwicklung der Bundesrepublik, eine Mindestforderung. Und wir können nur hoffen und wünschen, dass der Bundestag das begreifen wird. Vorläufig hat er sich allerdings durch die Sabotage der CDU-Abgeordneten in seinem Kulturpolitischen Ausschuss, über die am Freitag berichtet wurde, sogar die Möglichkeit nehmen lassen, die sozialdemokratischen Vorschläge auch nur zu diskutieren. Wir gehen vielleicht nicht fehl in der Annahme, dass man mit dieser Diskussion so lange warten wollte, bis die CDU den Eindruck erwecken konnte, es sei Herr Dr. Adenauer, der die erlöschende Idee der Förderung von Studenten, Wissenschaft und Forschung gehabt hätte.

Zwischenspiel

Von einem gelegentlichen diplomatischen Mitarbeiter

Wenn sich die Vertreter der Westmächte jetzt in London darüber einig werden wollen, in welcher Weise die britische Ankündigung, einen Teil der in der Bundesrepublik stationierten Truppen zurückzuziehen, in die Verteidigungsplanung der NATO sinnvoll eingebaut werden kann, stehen sie vor einem schwierigen Problem. Die Tagung der WEU in London steht in mehrfacher Beziehung unter einem schlechten Stern. Schon rein äusserlich. Obwohl es sich in erster Linie um die Erörterung militärischer Fragen handelt, hat die französische Regierung ihren Sozialminister (!) Gazier nach London geschickt; vielleicht kommt auch der Verteidigungsminister, Bundesverteidigungsminister Strauß kommt nicht.

Die englische Regierung scheint entschlossen zu sein, mit ihrer Ankündigung der Truppenreduzierung ernst zu machen. Finanzielle und militärtechnische Vorüberlegungen lassen keinen Zweifel darüber, dass die entsprechenden Planungen schon lange vorher fertig waren, bevor etwas davon in Form einer Ankündigung in die Öffentlichkeit drang. Das dürfte wohl auch der Grund sein, dass Bundesverteidigungsminister Strauß darauf verabschiedete, nach London zu gehen. Er weiss nur zu gut, dass er dort günstigstenfalls eine Statistenrolle gespielt hätte.

Die ganze Verteidigungskonzeption der NATO ist heute so durcheinander, wie sie es noch nie war. Hinzu kommt, dass auf der Ebene der "grossen" internationalen Politik die Westmächte ebenfalls vor einem Dilemma stehen. Und zwar wegen ihrer unterschiedlichen Haltung zur Nah-Ost-Krise. Ein Teil der afrikanisch-asiatischen Staatengruppe fordert Sanktionen gegen Israel. Die "Prawda" hat angekündigt, dass sich die Sowjetunion unter gewissen Voraussetzungen dieser Forderung anschliessen würde. Die USA wollen in der UNO eine Entschliessung durchbringen, in der die Bereitschaft zum "moralischen Druck" auf Israel zum Ausdruck gebracht wird. England und Frankreich dagegen wollen weder eine Entschliessung des "moralischen Drucks", noch eine gegen Israel gerichtete Sanktions-Resolution. Man sieht, dass die Russen geschickt mit der Uneinigkeit des Westens spielen. Insofern sie mit der von den arabischen und asiatischen Staaten geforderten Sanktionsentschliessung lächeln, ebnen sie sich den Weg zu Direktgesprächen mit der USA über Massnahmen des "moralischen Drucks" gegen Israel. Selbst wenn die Sanktionsentschliessung keine Mehrheit finden sollte, rücken die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in der Nahost-Politik einander näher. England und Frankreich bleiben draussen.

Vielleicht trägt all' dies mit dazu bei, dass die am Dienstag in London begonnene Konferenz der Westeuropäischen Verteidigungsunion schon vor ihrem Beginn als gegenstandslos betrachtet wird. Die Figur, die Herr von Brentano hierbei spielt, kann nicht gerade glücklich sein. Er wird zwar nach aussen, wie üblich, die Geschlossenheit des Westens bei allen seinen Erklärungen hervorheben, bestimmt aber von dem Gefühl beherrscht sein, auf einem verlorenen Posten zu stehen.

Diese Entwicklung bestätigt nur die schon seit langem in der internationalen Diplomatie vorherrschende Meinung, dass ausserpolitische Konzeptionen auf die Dauer nicht auf der Grundlage militärischer und ausschliesslich strategischer Gegebenheiten aufgebaut werden können. Was vielleicht vor fünf Jahren den Anschein noch richtig sein mochte, ist heute überholt. Politiker, die sich aus irgendwelchen Gründen an diese Vorstellungen von vorgestern klammern, schaden der guten Sache.

Wo der Schuh drückt

E.Z., Berlin

Als am Wochenende in Berlin Vertreter der SPD und CDU als der beiden Berliner Regierungsparteien zu Besprechungen zusammengekommen waren, ging es darum, durch die Schaffung einer besseren Koalitionssphäre Spannungen zu beseitigen, die in letzter Zeit in Erscheinung getreten waren. Einer der zur Diskussion stehenden Punkte war dabei die Belastung, die dadurch aufgetreten war, dass in der letzten Bundestagsdebatte über Berlin der Berliner Bundestagsabgeordnete Dr. Friedensburg im Namen der CDU das von der SPD für die Berliner Bundestagsabgeordneten geforderte volle Stimmrecht abgelehnt hatte. In dieser CDU-Haltung musste eine Abweichung von der bisherigen Linie der Berliner CDU erblickt werden, die eigentlich niemals einen Zweifel daran gelassen hatte, dass sie selbst ^{gegen} Strömungen in der eigenen Partei auf Bundesebene für die konsequente Eingliederung Berlins in den Bund eintritt.

Beide Gesprächspartner kamen nur überein, diese Frage von der Berliner Ebene fernzuhalten und im Bund zu klären. Mit dieser Feststellung ist lediglich gesagt, dass die Differenzen über die Frage des Stimmrechtes der Berliner Bundestagsabgeordneten kein Anlass zu einer Gefährdung der Berliner Regierungskoalition werden sollen. Der Schatten, der seit der Erklärung von Dr. Friedensburg über der Haltung der CDU liegt, konnte damit nicht aufgekellt werden.

Es geht dabei wohl um die Frage, inwieweit die Berliner CDU bereit ist, ihre politische Haltung zu dieser wichtigen Berlin-Problemen von Bonner Erwägungen abhängig zu machen, auch wenn diese offensichtlich im Widerspruch zu den Erkenntnissen stehen, die im Sinne einer schnellen und effektiven Eingliederung Berlins in den Bund bisher von der Berliner CDU vertreten wurden. Ernst Lemmer, der auf Grund der Tatsache, dass die Berliner CDU infolge innerparteilicher Auseinandersetzungen noch immer keinen neuen Fraktionsvorsitzenden finden konnte, an den Berliner Besprechungen teilnahm, machte den SPD-Vertretern den Vorschlag, die Stimmrechtsfrage der Berliner Bundestagsabgeordneten bis nach den Bundestagswahlen zu vertagen. Er wollte die Berliner SPD dafür gewinnen, diese Frage als nicht aktuell zurückzustellen.

Diese Forderung der Berliner CDU an die SPD muss auf jenem Hintergrund gesehen werden, der schon seinerzeit kurz vor der Bundestagsdebatte über Berlin in Versuchen zutage trat, gegenüber drängenden Stimmen aus den Reihen der Berliner CDU die Stimmrechtsfrage bis nach der Wahlentscheidung dilatorisch zu behandeln. Ohne Zweifel waren diese Bestrebungen von parteipolitischen Erwägungen bestimmt, die von der CDU im Bundestag aufgestellte Behauptung, die Gewährung des Stimmrechts an die Berliner Abgeordneten könnte einen alliierten Einspruch und vielleicht auch eine Gegenmassnahme der Sowjets zur Folge haben, zeigt sich im Hinblick auf die damaligen Bemühungen zur Vertagung dieses wichtigen Berlin-Problems bis nach den Bundestagswahlen als ein mehr oder weniger vorgeschobenes Argument.

Für den Verhandlungsführer der Berliner CDU konnte die ablehnende Haltung der SPD zu seinem Vorschlag der Vertagung der Stimmrechtsfrage bis nach den Wahlen keine Überraschung sein. Er weiss genau, dass es der Berliner SPD bei ihrer konsequenten Haltung ausschliesslich um die bisher auch von der Berliner CDU mitgetragenen Politik der schrittweisen Eingliederung Berlins in den Bund geht und dass das Stimmrechtsproblem durch die Saarlösung und die Erklärung Berlins zur Hauptstadt Deutschlands mehr als aktuell geworden ist.

Niemand wird die schwierige Situation der Berliner CDU verkennen, die sich daraus ergibt, dass man nach wie vor die mit der SPD gemeinsame Linie der schrittweisen Eingliederung Berlins in den Bund vertritt, aus parteitektischen Gründen jedoch, die in der Bundespolitik der CDU liegen, die Aktualität von einzelnen Schritten in Richtung auf das gemeinsame Ziel verneinen möchte, wenn in dieser Situation die CDU den Spieß umkehren und der Berliner SPD wegen ihrer Forderung nach einer Lösung der Stimmrechtsfrage ungerechtfertigterweise parteipolitische Absichten unterstellen möchte, dann zeigt sich darin, wo die CDU in Wirklichkeit der Schuh drückt.

+ + +

Gerügend Gründe für den Austritt

Der Schreiber dieser Zeilen, dessen Name und Anschrift uns bekannt sind, war Mitglied der CDU - einer von den 200 000 Mitgliedern, die die Kanzlerpartei zählt. Gewichtige Gründe bewogen ihn, diese Partei wieder zu verlassen und der SPD beizutreten.

Lieber Kollege

Vor Jahresfrist begann mein Bekanntwerden mit der CDU. Nach bestem Wissen und Gewissen habe ich mich bemüht bei Euch mitzuarbeiten. Ich habe Erfahrungen gesammelt und bin zu einigen Erkenntnissen gekommen. Dass ich evangelischer Christ bin, weißt Du. Von C her mache ich mir keine Sache leicht; das weißt Du auch. Bis zu einem gewissen Zeitpunkt bildete ich mir ein, aus der CDU könnte vom C her noch etwas gemacht werden. Daran glaube ich jetzt nicht mehr. Auch Euer christlich soziales Ordnungsbild mit allem drum und dran kann mich davon nicht mehr überzeugen. Die CDU mag auch weiterhin noch auf alle möglichen Gesellschaftsschichten anziehend wirken. Einen Arbeiter wird sie niemals ansprechen können, wenn sie so weitermacht. Der Arbeiter, den ich hier meine, ist der Nachkomme der Arbeiterschaft, die aus eigener Kraft aus Not und Elend aufstieg, um für die politische Gleichberechtigung und soziale Sicherheit ihres Standes zu kämpfen.

Den Arbeitnehmer, der alles was ist als selbstverständlich hin- nimmt, den meine ich nicht.

Der Arbeiter ist in der SPD und in der Gewerkschaftsbewegung zu Hause. Dieser Arbeiter beginnt nun den zweiten Teil seines Kampfes. Mag ihn die Vielfalt der vordergründigen Probleme zunächst noch verwirren und sein Bewusstsein trüben, das Positive aus dem Erbe seiner Väter wird zum Durchbruch kommen. Das Ziel beginnt sich abzuzeichnen. Es geht um die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in der Wirtschaft. Der Arbeitnehmer wird das nicht schaffen, der Arbeiter wird es schaffen, und wieder für alle anderen Arbeitnehmer mit. Im ersten Teil seines Kampfes wurde der Arbeiter im Stich gelassen; von den Kirchen, vom Staat, von allem was christlich sich nannte oder was christlich sein wollte. Soll es im zweiten Teil genau so werden? Dann aber ohne mich. Ich bin evangelischer Christ und Arbeiter. Ich kann bei Euch nicht mehr mitmachen. Von meinem Austritt aus der CDU setze ich Dich hiermit in Kenntnis.

Erdl. Gruss J.M. - 7 -

+ + +

Studium an der Quelle

W.H. Genf, Ende Februar

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung sind zur Zeit 35 Deutsche, darunter 3 Frauen, zu einem Seminar am Sitz der Vereinten Nationen und des Internationalen Arbeitsamtes für 14 Tage zusammengekommen, um die Tätigkeit und Wirkungsweise dieser Behörden zu studieren. Am Beginn dieses Seminars stellten sowohl Willi Eichler namens des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung als auch ein Vertreter der Direktion des IAO, Mr. Lang, übereinstimmend fest, dass die Demokratie zwar nicht der bequemste, aber zweifellos der würdigste Weg sei, die Beziehungen der Menschen untereinander zu regeln.

Alle Rassen und Nationen vertreten

Die aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus allen Berufen kommenden Teilnehmer dieses Seminars - des zweiten, das die Friedrich-Ebert-Stiftung in Genf veranstaltet - hatten bereits Gelegenheit, sich intensiv mit der Verfassung und der geschichtlichen Entwicklung der internationalen Arbeitsbehörde zu beschäftigen. Diese Kenntnisse werden unterstrichen durch die persönliche Bekanntschaft mit dem Ablauf der weltumfassenden Alltagsarbeit dieser internationalen Behörde, unter deren 700 Beamten und Angestellten alle Rassen und Nationen vertreten sind. Unter den 77 Mitgliedsstaaten des IAO befindet sich seit 1951 auch die Bundesrepublik.

Sowohl die Aufnahme der Bundesrepublik als auch der Beitritt Sowjetrußlands 1954 stellten die Organisation des IAO vor schwierige Fragen. Da als Amtssprache neben Englisch und Französisch nur noch Spanisch eingeführt war, bedurfte es eines besonderen Beschlusses, um den Vertretern der deutsch- und russischsprachigen Länder die Arbeitsunterlagen und Ergebnisse des IAO in ihrer Heimatsprache zugänglich zu machen. Ein entsprechender Beschluss wurde 1956 gefasst mit der Folge, dass gegenwärtig das IAO mittels Neubauten um 140 Räume erweitert werden muss, damit deutsche und russische Dolmetscher, u.a. Angestellte, feste Arbeitsstätten erhalten können.

Das modernste Atomforschungszentrum Europas

Einen ersten Höhepunkt des Seminars erlebten die Teilnehmer diese Woche mit einer Führung durch das noch im Bau befindliche grösste und modernste Atom-Forschungszentrum Europas - gleichzeitig eines der drei grössten der Welt - das CERN (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire). Typisch für dieses 220 000 000-Projekt ist allein schon die Vergabe der Bauaufträge: Nicht nur die 12 europäischen Mitgliedstaaten des CERN, sondern alle mit der Kernphysik befassten Nationen der Welt trugen ausser finanzieller Hilfe auch durch Lieferung von Einzelteilen zum Bau der gewaltigen Anlagen bei. Die Bundesrepublik - ebenfalls ein Mitglied der CERN - findet sich beispielsweise vertreten durch das Firmenschild eines Kölner Werkes, welches die Vakuum-Pumpen für den Betrieb des Synchro-Cyclotrons lieferte. Dieser Koloss aus Stahl und Beton vereinigt auf kleinerer Grundfläche den gleichen Gewichtsdruck wie im beispielsweise das

New Yorker Empire-State-Building auf seine Fundamente ausübt. Das Protonen-Synchrotron, das sich noch im Stadium der Schachterarbeiten befindet (wohingegen das Synchro-Cyclotron bereits im Sommer 1957 arbeiten wird), soll mit seiner 200 Meter Durchmesser aufweisenden Laufbahn eine Beschleunigung der Atomteilchen auf 99,99% der Lichtgeschwindigkeit ermöglichen.

Alle Ergebnisse des CERN werden von einem internationalen wissenschaftlichen Komitee ausgewertet und stehen nicht nur den Mitgliedstaaten, sondern allen Völkern der Erde zur freien Verfügung. Übrigens ist mit Professor Werner Heisenberg einer der deutschen "Väter der Atomwissenschaft" der Vorsitzende des internationalen wissenschaftlichen Komitees.

Dem Frieden und der Wohlfahrt dienend

Was die Teilnehmer an diesem ausserordentlich interessanten Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung besonders eindringlich berührte, ist die Tatsache, dass alle diese in Genf arbeitenden internationalen Behörden und Forschungstätten ausschliesslich dem Frieden der Welt und der Wohlfahrt aller ihrer Bürger dienen. Sie sind jedermann zugänglich, nichts ist geheim und die Anregungen und Vorschläge aus aller Welt werden gleichwertig behandelt, so wie die Bürger aller Staaten, die Angehörigen aller Rassen in allen Zweigen der UNO, des EWV und letztlich auch im CERN nicht nebeneinander, sondern miteinander arbeiten an einem grossen, gemeinen Ziel.

"Der Geist von Genf ist nicht tot. Vielleicht weht er gegenwärtig weniger stark in den politischen Konferenzen der führenden Staatsmänner, aber er weht stetig und deutlich fühlbar in jenen Einrichtungen, die wir hier in ihrer Arbeit beobachten können und die Genf zu einem internationalen Begriff für weltweite Zusammenarbeit der Menschen und Völker gemacht haben" - so fasste einer der Seminar-Teilnehmer seine bisherigen Erfahrungen zusammen.

Am kommenden Wochenende werden die Genfer Gäste der Friedrich-Ebert-Stiftung Gelegenheit zu einem Besuch des Mont Blanc haben und nach dieser notwendigen Pause dann für die zweite Hälfte des Seminars sich mit den Einrichtungen der UNO in Genf - Weltgesundheitsorganisation und Büro der JMO für europäische Fragen - befassen. Das Seminar endet am 2. März 1957.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel